

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementspreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steindrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Straße 43.

Inserate für die vierspalt. Poststelle ober berein Raum 60 Pfg.  
Verknüpfungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Mehr Arbeitsfreudigkeit!

Wenn ein Heer ins Feld geführt wird, um das Vaterland und die heimische Kultur gegen einen andringenden Feind zu verteidigen, so wird es mit den besten Angriffswaffen und Verteidigungswaffen versehen, es wird auch in jeder Hinsicht gut versorgt, damit es über die nötige Widerstandskraft verfüge, um seine Sache zum Siege führen zu können. Jeder gute Heerführer weiß aber, daß das noch nicht genügt, um einen Sieg zu erringen, daß es dabei im Gegenteil sehr viel auf den Geist der Truppen ankommt, die man ins Feld führt. Man nennt das die Moral, womit der Begeisterungsschwung des Soldaten gemeint ist, der ihn zu den größten Entbehrungen und Opfern, zur Einsetzung seiner ganzen Person, zur Nichtachtung auch der schlimmsten Gefahr anreizt, um seine Sache zum Siege zu führen. Fehlt es einer Truppe an Begeisterung, so werden auch die besten Kampfmittel ihr kein Übergewicht über den Feind geben und ein Sieg ist unmöglich.

Nicht viel anders im gewerkschaftlichen Kampf. Sicher kommt es da viel darauf an, daß man über tüchtige Kampfmittel, über starke Fonds, eine gut disziplinierte Kämpferschar, mit einem Worte, über eine leistungsfähige straffe Organisation verfügt, daß man den richtigen Zeitpunkt und das passende Kampffeld wählt, will man einen Sieg erringen. Aber auch hier ist doch mit der Vorbedingung des Erfolges ein guter Kampfesgeist der im Kampfe stehenden Arbeiterscharen. Begeisterung für die Sache der proletarischen Befreiung, Opferwilligkeit bis zum äußersten und Arbeitsfreudigkeit sind nun einmal nötig, um den wirtschaftlichen Kampf siegreich führen zu können. Man kann sogar sagen, daß Begeisterung und Arbeitsfreudigkeit im wirtschaftlichen, richtiger im gewerkschaftlichen Kampf notwendige Voraussetzungen des Erfolges sind als im blutigen Ringen der Nationen. Hier ist der Wille des Soldaten bei der Organisation des Heeres von nur geringer Bedeutung, und es spielt deshalb eine mehr nebensächliche Rolle, ob der Soldat außerhalb des Feuers, im täglichen Drill, mit Herz und Hand bei der Sache ist, oder ob er, innerlich teilnahmslos, lediglich seine Pflicht tut. Hauptsache bleibt hier doch immer, daß der Soldat im Feuer steht, daß er vor dem Feind dem Heerführer unbedingt folgt, der Gefahr nicht achtend. Im gewerkschaftlichen Kampfe werden schon weit höhere Anforderungen an den einzelnen Kämpfer gestellt. Hier kommt es schon bei den vorbereitenden organisatorischen Arbeiten sehr darauf an, daß der gewerkschaftliche Soldat ganz bei der Sache, für sie begeistert ist, soll eine gute Organisation, ein starkes und erfolgfühiges Kampfheer geschaffen werden. Denn die gewerkschaftlichen Kader werden nicht wie die militärischen durch gesetzlichen Zwang gebildet, sie bilden sich durch freiwillige Retretierung. Die Größe und Leistungsfähigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation wird deshalb wesentlich davon abhängen, ob auch alle ihre Glieder von Begeisterung für die gewerkschaftliche Sache durchdrungen sind.

Eine Gewerkschaft wird sich ausdehnen, wenn sie von einem guten Geiste befeuert ist. Jedes ihrer Mitglieder wird dann zum eifrigen Agitator für seine Organisation. Und diese Agitation, die von Begeisterung getragen ist, hat viel mehr Überzeugungskraft, und sie hat bei der Masse der indifferenten Arbeiter weit mehr Erfolg, als eine gelegentliche Werbearbeit, die man pflichtgemäß verrichtet, ohne daß man mit Herz und Hand bei der Sache ist. Jedermann fühlt sich hingezogen zu dieser Organisation, die von so brüderlichem Geiste beherrscht ist, wo einer es dem anderen zuvorkommen möchte, wenn es gilt, für die gewerkschaftliche Sache opfervolle Arbeit zu leisten. Und jeder neugewonnene Kämpfer stellt sich freudig in Reih und Glied, um dieser Sache zu dienen, die so viele Tausende und aber Tausende von Arbeitsbrüdern über die tägliche Misere ihrer Proletariatsexistenz hinaushebt, mit Begeisterung erfüllt zum opfervollen Kampfe um eine bessere Zukunft. Einer solchen Organisation kann es nicht fehlen; sie wird wachsen, blühen und gedeihen; sie wird ihren Einfluß ausdehnen auf einen immer größeren Personenkreis, sie wird an innerer Festigung gewinnen, sie wird im gewerkschaftlichen Kampfe unter den schwierigsten Verhältnissen den Erfolg an ihre Fahnen fesseln.

Das trifft auf unseren Verband so gut zu als auf andere Gewerkschaften. Man muß sich aber manchmal zweifelnd fragen, ob es denn in unserer Organisation an manchen Orten nicht an der Arbeitsfreudigkeit und Begeisterung für unsere Sache fehlt. Die Entwicklung unseres Verbandes in den letzten 1 1/2 Jahren läßt solche Zweifel jedenfalls nicht zur Ruhe kommen. Wir haben einen Rückgang unserer Mitgliederziffer zu verzeichnen gehabt, während andere Organisationen, die unter viel ungünstigeren Bedingungen arbeiten

als wir, erhebliche Mitgliederzunahmen zu verzeichnen hatten. Dabei verfügen wir über geradezu musterghltige organisatorische Einrichtungen, die sicher große Anziehungskraft auf indifferente Kollegenelemente ausüben, und wir konnten in den letzten vier Jahren eine geradezu glänzende Lohnbewegung führen, die jeden Kollegen mit Begeisterung für unsere Sache erfüllen mußte. Besonders im letzten Jahre, wo es uns gelang, den Anschlag des Arbeitgeberschutzverbandes auf unseren Verband auf der ganzen Linie erfolgreich abzuwehren, hätte man alles andere als einen Rückgang der Mitgliederziffer erwarten sollen. Denn über diesen Ausgang der großen Bewegung mußten alle Kollegen lebhaft Freude empfinden, er mußte sie zu tatkräftiger Werbearbeit für den Verband begeistern, wenn — ja wenn an manchen Orten nicht Verbandsverdröbenheit dem entgegen gewirkt haben würde.

Derlei Stimmungen traten früher in unserem Verbandsleben auch da oder dort gelegentlich in die Erscheinung, doch nie in dem Maße wie jetzt. Heute gehört es bei manchem Kollegen zum guten Ton, in Verstimmung wider den Verband zu machen. Das macht sich dann bald genug im inneren Verbandsleben fühlend bemerkbar.

Da haben einige ganz tüchtige Kollegen es sich in den Kopf gesetzt, in neuer und neuester Taktik zu machen. Es ist eine ganz persönliche, ganz neue Taktik, die nicht leicht zu verstehen ist und die deshalb nur wenig Billigung findet. Die Sache klappert natürlich nicht so, wie es die neuen Taktiker weise berechnet hatten, was selbstverständlich nur Schuld der Gegner dieser Taktik war. Wenn diese Gegner dann noch mit der Verbandsleitung identisch sind, dann um so schlimmer; dann wird mit der Verbandsleitung kräftige Abrechnung gehalten, was natürlich nicht erhehend auf das Verbandsleben wirkt.

An anderen Orten wieder hat man die Auffassung, daß in gewissen Zeiträumen gestreikt werden müsse um jeden Preis. Die Situation ist zwar für eine Lohnbewegung nicht besonders günstig, die schlechte Geschäftslage wie auch die gedrückte Stimmung der Mehrzahl der Kollegen müßte bei fühlbarer Überlegung schon von selbst ein Vorgehen verbieten. Man läßt es aber auf die selbstverständliche Ablehnung des Streikgesuchs durch den Vorstand ankommen, um dann in hohen Tönen gegen die bürokratische Verbandsleitung zu Felde zu ziehen. Die Ablehnung des Streikgesuchs durch den Vorstand war ja das einzig Richtige, das sehen die verständigen Kollegen auch ein, nicht aber die unverständigen, die eine durchaus vernünftige Handlung der Verbandsleitung gerade zum Anlaß einer unüberwindlichen Verbots nehmen. Die Folge davon ist wieder eine Verminderung der Mitgliederziffer bei vielen Kollegen.

Wieder andere Zahlstellen haben bei Beschlussfassung über die Lokalbeiträge und die lokalen Unterstützungsanstalten in kurzschichtigem Bewilligungseifer die Unterstützungen viel zu hoch bemessen, so daß die örtliche Organisation aus den finanziellen Schwierigkeiten nicht mehr herauskommt. Die Mitglieder müssen natürlich für die Folgen ihrer leichtsinnigen Beschlüsse selbst aufkommen, das verstimmt wieder nur und führt zu unmutigen Äußerungen über den Verband, der an allen diesen Dingen doch keine Schuld trägt.

Auf diese und ähnliche Weise wird nach und nach an einzelnen Orten die Arbeitsfreudigkeit im Verband untergraben. Gewisse gewerkschaftsfeindliche Tendenzen, die von organisationsfremden Elementen in die Organisation hineingetragen werden, geringschätzig oder pessimistische Beurteilung der Gewerkschaftstätigkeit, kleinliche Geheeriten gegen die Gewerkschaftsbeamten und anderes tun dann ein übriges, um die Verstimmung gegen den Verband zu nähren.

Das alles fügt unserer Organisation schweren Schaden zu. Je eher und je tatkräftiger dieser Mißstimmung gegen den Verband, die jeder tieferen Begründung entbehrt, entgegen gewirkt wird, um so besser für die Gesamtkollegenchaft. Mögen jene Kollegen, die ernsthaftige Einwendungen gegen die Verbandsleitung vorzubringen haben, ihrem Herzen auf dem Verbandstag Luft machen, mögen sie endlich aber davon abkommen, die tägliche Verbandsarbeit mit ihrer verderblichen, kleinlichen und kurzschichtigen Kritik zu erschweren. Mögen sich die Kollegen bei allem, was sie tun, ihrer großen Verantwortung für den Verband bewußt sein, dann werden wir über Verstimmungen in unserer Organisation nicht mehr zu klagen haben, und bald wird wieder die rechte Arbeitsfreudigkeit und Begeisterung für unsere Sache alle Mitglieder beherrschen. Vergessen wir nie, daß wir nur dann vorwärts kommen und Erfolge erzielen, wenn alle unsere Kollegen im Verband freudig mitarbeiten. Wirken wir deshalb allenthalben der schädlichen Stimmungsmacherei entgegen, damit wieder ein besserer Geist in den Verband einziehe, zum Wohle der Gesamtkollegenchaft.

## Die Holzindustrie auf der Heimarbeit- ausstellung in Frankfurt a. M.

Mit der Einrichtung von Schauwerkstätten hat die Leitung der Ausstellung einen glücklichen Griff gemacht. Die Arbeitsstätten der Heimarbeiter sind stets von vielen Schau- lustigen umdrängt, die sich offenbar mehr für die vorher nie gesehenen Sanierungen als für die toten Ausstellungsgegenstände und die „Eisketten“ interessieren, die für den aufmerksamen Leser eine so berebete Sprache sprechen. Außer dem bereits erwähnten Weber ist noch die Tätigkeit eines Maschinenstrickers zu sehen; eine Arbeiterin fertigt Christbaumschmuck, eine andere stellt Perlekränze her. Ein Töpfer zeigt, wie auf der Drehscheibe verschiedenartig geformte Vasen und sonstige Figuren entstehen, die einen künstlerischen Geschmack verraten lassen. Dann folgen ein Eisenbeschneider aus Erbach, ein Holzschneider aus Dalherda in der Rhön, der Holzlöcher, ein Kunstschneider aus Empfertshausen, welcher Pfeifenköpfe und Holzfiguren schnitzt, ferner ein Federhalterdreher aus dem Odenwald und schließlich ein Korbmacher aus dem Taunus.

Die Holzindustrie hat also unter den Schauwerkstätten eine recht starke Vertretung gefunden, und ebenso nehmen die von den Heimarbeitern in den verschiedenen Zweigen der Holzindustrie angefertigten Waren einen ziemlich großen Raum in der Ausstellung ein. Beginnen wir mit der Spielwaren- und Federhalterdreherei im Odenwald, so haben wir es gleich mit einem rechten Glend-beruf zu tun, der seinen Hauptsitz in Niedernhausen hat. Es werden Spielwaren ziemlich minderwertiger Qualität („Odenwälderperdchen“) hergestellt, wobei die ganze Familie mitwirkt. Die einzelnen Teile des Pferdchens werden aus einem Holzloch, dem ein entsprechendes Profil angebracht ist, abgesehen und dann roh zurechtgeschnitten. Der reine Arbeitsverdienst beträgt 10 bis 13 Pf. pro Stunde bei durchschnittlich 12 bis 14 stündiger Arbeitszeit, die in der Zeit vor Weihnachten auf 18 bis 20 Stunden ausgedehnt wird. Der Verdienst der Federhalterdreher ist um ein Geringes höher. Der Arbeiter in der Schauwerkstätte, der dort den Werdegang des Federhalters praktisch vorführte, erzählte auf Befragen, daß ausschließlich für die bekannten großen Bleistift- und Stahlfederfabriken gearbeitet wird. Es werden zirka 100 verschiedene Sorten angefertigt. Die Einführung neuer Sorten erfolgt in der Weise, daß die Fabrik ein Muster schickt und den Preis benennt, den sie zahlen will. Dem Drechsler bleibt es unbenommen, die Anfertigung des neuen Modells abzulehnen; es findet sich aber dann bald ein anderer, der es für den Preis macht. So sorgt die Konkurrenz dafür, daß die Löhne auf dem tiefen Niveau bleiben. Die regelmäßige Arbeitszeit währt von morgens 6 bis abends 9 Uhr mit einstündiger Mittagspause, der durchschnittliche Tagesverdienst beträgt 2,20 bis 2,50 M. Sonntags wird nur die Werkstätte aufgeräumt, sonst aber nicht gearbeitet.

Die Holzschneider des Eisener Oberlandes stellen vornehmlich geschnitzte Pfeifenköpfe her, doch sind auch künstlerisch geschnitzte Rahmen und Tierfiguren ausgestellt. Die Arbeiter haben neben einer dreijährigen Lehrzeit vielfach auch noch die Holzschneiderschule in Empfertshausen besucht, welche auf das künstlerische Empfinden der Schüler einen unverkennbaren Einfluß ausgeübt hat. Außer den Produkten der eigentlichen Heimarbeit sind hier auch Gegenstände vorgeführt, die in einem aus der Heimarbeit hervorgegangenen Fabrikbetrieb hergestellt sind. Es sind das Figuren mit Volkskunstgeschmack, die nach Entwürfen des Malers Kleinhempel in Dresden in recht sauberer Weise ausgeführt sind. In diesem Betrieb wird bei 11 stündiger Arbeitszeit 30 bis 35 Pf. pro Stunde verdient, Mädchen verdienen 5 bis 6 M. wöchentlich. In der Heimarbeit ist die tägliche Arbeitszeit weit länger, sie beträgt 14 bis 16 Stunden, doch dürfte der Stundenverdienst eher niedriger als höher sein; sind doch unter den ausgestellten Arbeiten auch solche vorhanden, bei welchen der Stundenverdienst auf 15 Pf. herabgeht.

Der Verdienst des Verlegers, für den die Heimarbeiter tätig sind, scheint bei den Schnitzwaren besonders hoch zu sein, der Verkaufspreis ist nämlich in der Regel nicht angegeben. Bei einem Gegenstand, einem Kleiderhalter mit geschnitztem Adler, ist eine Angabe gemacht, die jedoch sehr wenig glaubwürdig erscheint. Bei diesem Artikel beträgt nach den Angaben auf dem Etikett der Bruttoverdienst pro Duzend 22,60 M., davon gehen zirka 60 Prozent für Unkosten ab, so daß als Nettoverdienst 9 M. pro Duzend bleibt. Der Verkaufspreis soll pro Stück 1,80 M. betragen. Das gäbe pro Duzend 12 mal 1,80 M. gleich 21,60 M.

Da man uns nicht zumuten kann, zu glauben, daß der menschenfreundliche Verleger an jedem Duzend dieses Artikels eine Mark zusetzt, wird man uns wohl gestatten, an der Richtigkeit der Angaben zu zweifeln.

Für den Wert der Organisation scheinen die Schnitzer noch kein richtiges Verständnis zu besitzen, wenigstens lehnte der Arbeiter aus Empfertshausen, der in der Schauwerkstätte tätig ist, jedes Interesse für die Organisation entschieden ab. Anscheinend hat man von interessierter Seite diese Leute, die abseits vom großen Verkehr wohnen und infolge ihrer langen Arbeitszeit keine Gelegenheit besitzen, sich mit Dingen zu beschäftigen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Brotverdienste stehen, vor den Gewerkschaften geblüht gemacht. Das Märchen von den Agitatoren und Gebern, die sich von den Arbeitergroschen mästen, hat offenbar seinen Weg bereits in die Gebirgsdörfer gefunden, denn als wichtigster Grund gegen den Anschluß an die Organisation wurde die Befürchtung geäußert, daß die Beiträge dazu dienen könnten, Verbandsbeamte zu besolden. Es sei übrigens schon ein Versuch gemacht worden, die Empfertshausener Schnitzer für die Organisation zu gewinnen, aber unser Gewährsmann in der Ausstellung, der anscheinend zu den intelligenteren Vertretern seines Berufes gehört, rühmte sich des unfreundlichen Empfanges, der den Sendboten des Verbandes in seiner Heimat bereitet wurde. Was sich der Mann wohl für einen Begriff von dem Zwecke der Heimarbeit ausstellung machen mag!

Etwas mehr Verständnis für den Wert der Organisation fanden wir am Stand daneben, bei dem Schnitzer aus Dalherda in der Rhön, der in der Ausstellung die Entfaltung von Holzöffeln aus Buche und Ahorn demonstriert. Die Organisation wäre ganz gut, meinte er, aber der Beitritt hätte keinen Zweck, weil — die anderen nicht beitreten. Tatsächlich handelt es sich hier um eine sehr arme Bevölkerung. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 14 bis 15 Stunden, oft wird noch länger gearbeitet, um einen Tagesverdienst von 1,50 Mk. bis höchstens 2 Mk. zu erzielen. Von den ausgestellten Waren sind neben Holzöffeln noch zu nennen Holzschuhe, die einen Stundenverdienst von 15 Pf. abwerfen. Von Wäschekammern ist die Tagesleistung eines 16jährigen Knaben mit seiner 17jährigen Schwester ausgestellt; es sind 15 Schock (à 60 Stück). Der Preis beträgt pro Schock 12 Pf., wovon jedoch 4 Pf. für Material abgeht, so daß der Nettolohn 8 Pf. beträgt. Daneben liegt die Tagesleistung eines 86jährigen Mannes, der 3 Schock Klammern herstellt. Eine prächtige Illustration unserer herrlichen Weltordnung mit der bis ins Alter gestärkten Existenz der Arbeiter!

Außer der Gegend von Dalherda gibt es in der Hohen Rhön noch einige andere Gebiete, in welchen Holzschneidwaren hergestellt werden. In dem Gebiet um Gersfeld werden rohe Waren, wie Mehgermulden, Holzschuhe, Fruchtstapfen, Rechen usw. gemacht; auf der bayerischen Seite, nach Bad Brückenau zu, werden neben den genannten Artikeln noch geschmückte Tiere als Kinderspielzeug hergestellt. Das Städtchen Wischhofshausen wiederum ist der Mittelpunkt eines Gebietes, in welchem Holzschneidereien der verschiedensten Art hergestellt werden, von den einfachsten Sachen bis zu Gegenständen, welche in künstlerischer Beziehung höheren Anforderungen genügen. Im letztgenannten Gebiet ist die Schnitzerei Haupterwerbquelle; bei 12 bis 14stündiger Arbeitszeit wird 2 bis 3 Mk. im Tag verdient. In den anderen Gebieten wird vorzugsweise nur im Winter gearbeitet, um einen Zuschuß zum Ertrag aus der Landwirtschaft zu gewinnen, welcher letzterer zur Ernährung der Familie nicht ausreicht. Bei der Arbeit müssen auch Frauen und Kinder mithelfen und wird der durchschnittliche Nettoverdienst auf 12 bis 15 Pf. pro Stunde geschätzt.

Aufmerksame Zuschauer findet der Eisenbeinschnitzer aus Gröden, der Luxuswaren aus Eisenbein zunächst an Kreisfräse und Fräser, welche auf die Spindel der Drehbank aufgeschraubt sind, vorrichtet, um sie dann mit Stichel und Schaber fertig zu machen. Nach den Stifetten, die den in einem Glaskasten ausliegenden Eisenbein- und Beinwaren beigegeben sind, sollen die Heimarbeiter in dieser Branche Stundenlöhne von 30, 36, 40, 50, 52 und 58 Pf. erzielen. Wenn diese Angaben richtig sind, dann müssen die Hersteller der Waren besonders gut gelohnte Arbeiter in ihrem Fach sein.

In einem besonderen Raum, in welchem Korbmachen der verschiedensten Art aus dem Laubholz, Rheinhessen und Westerbald ausgestellt sind, zeigt ein Korbmacher aus Gravenwiesbach im Taunus, wie ein Korb entsteht. An den ausgestellten Korbmachen fallen die verhältnismäßig hohen Stundenverdienste auf, und das um so mehr, als die betreffenden Arbeiter sich nicht ausschließlich mit der Korbmacherei beschäftigen, sondern meist nur dann flechten, wenn ihnen die landwirtschaftliche Arbeit Zeit läßt. Als wir dem in der Schauwerkstätte arbeitenden Korbmacher gegenüber Zweifel an der Richtigkeit der angegebenen Stundenverdienste äußerten, entgegnete dieser, daß er bei den Arbeitern, die er für die Ausstellung angefertigt hat, jede Arbeitsviertelstunde, die er an ihnen beschäftigt war, genau notiert habe, so daß er für die Richtigkeit der angegebenen Gesamtarbeitsdauer garantieren könne.

Diese Erklärung läßt es zweifelhaft erscheinen, ob wir es bei den Ausstellungsgegenständen wirklich mit typischen Arbeitsprodukten zu tun haben. Wenn die Arbeitsdauer an dem Gegenstand in der angegebenen Weise berechnet wird, dann bleiben doch zu leicht Hemmungsmomente außer Betracht, mit denen der Arbeiter für gewöhnlich rechnen muß, so daß die gar zu genaue Berechnung schließlich ein Resultat liefert, welches vom Durchschnitt nicht unerheblich abweicht. Als Ausstellungsgegenstände seien genannt ein Weinversandkorb aus grünen Weiden mit Deckel, roh gearbeitet, ohne Einteilung, Preis 2 Mk.; die Unkosten betragen 90 Pf.,

bleibt Nettoarbeitsverdienst 1,10 Mk. Arbeitszeit 4 Stunden, also Verdienst 28 Pf. pro Stunde. Ein Flaschenkorb aus weißen Weiden mit 6 Fächern = 2 Mk.; Unkosten = 1 Mk. Die Arbeitszeit beträgt 4 Stunden, also 25 Pf. Nettoarbeitsverdienst pro Stunde.

Ein ovaler Wäschekorb, geschichtet, Boden = 55 x 32 Zentimeter, 29 Zentimeter hoch, oben 70 Zentimeter lang, 43 Zentimeter breit kostet 2,45 Mk. Für Material geht 1,25 Mk. ab, so daß der Nettoarbeitslohn 1,20 Mk. beträgt. Die Arbeitszeit beträgt 5 Stunden, der Stundenverdienst demnach 24 Pf. Der Verkaufspreis dieser Körbe beträgt ein Gros 2,65 Mk. pro Stück. Für einen viereckigen Wäschekorb, gewürfelt, Boden 65 x 40 Zentimeter, 35 Zentimeter hoch, oben 84 x 52 Zentimeter, beträgt der Arbeitslohn 4,20 Mk. Das Material kostet 2 Mk., so daß der Nettolohn 2,20 Mk. beträgt. Die Arbeitszeit beträgt 7 Stunden, der Stundenverdienst also 28 Pf. Verkauft werden diese Körbe ein Gros für 4,65 Mk. pro Stück. Wir überlassen es unseren Korbmacherkollegen, diese Preise, die angeblich an Heimarbeiter bezahlt werden, mit ihren Lohnkarten zu vergleichen.

Die Korbmacher in Gravenwiesbach scheinen, nach der kurzen Beschreibung, die der Pfarrer Börg von dort über ihre Verhältnisse gibt, sich in ziemlicher Abhängigkeit von der am genannten Ort existierenden Korbflechterschule zu befinden. Sie haben dort eine dreijährige Lehre absolviert und erhalten als Heimarbeiter sowohl die Aufträge als auch das Material von der Schule. Diese berechnet ihnen für die Besorgung dieser Geschäfte, zu welchen auch noch die Abnahme der fertigen Waren kommt, eine kleine Provision zur Deckung der Selbstkosten. In der Beschreibung wird dieser Zustand sehr idyllisch ausgemalt, zumal wenn man liest, daß ein guter Arbeiter nach Abzug aller Kosten, wozu auch Heizung und Beleuchtung gerechnet werden, 80 Pf. die Stunde verdient. Wir sind nicht in der Lage, die Angaben nachzuprüfen, können aber die Vermutung nicht unterdrücken, daß hier etwas gar zu rosig gemalt ist. (Schluß folgt.)

### Der Fall Behrens und die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften.

n. Die christlichen Gewerkschaften haben sich bereit, den Fall Behrens zu begraben, und sie hatten alle Ursache dazu. Denn wenn etwas geeignet ist, die inneren Widersprüche aufzudecken, an denen die christliche Gewerkschaftsbewegung krankt, die Haltlosigkeit ihrer Grundsätze und die geradezu wahnwitzigen Folgerungen, zu denen ihre Theorien führen müssen, dann ist es der Fall Behrens.

Niemand, der die Verhältnisse kennt, wird leugnen, daß die christlichen Gewerkschaften im Grunde nichts als ultramontane Unternehmungen sind, denen man das interkonfessionelle Mäntelchen umhängt, um den ultramontanen Kern desto besser verbergen zu können. Die evangelischen Arbeiter hielten sich denn auch von den christlichen Gewerkschaften fern. Wenn Pfarrer Weber (M.-Glabach) und einige andere Evangelische anfangs mittaten, so geschah das nicht aus brüderlicher Liebe zu den Ultramontanen, sondern es geschah, weil sie diesen die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung unter der nicht sozialdemokratischen Arbeiterschaft nicht allein gönnten, weil sie verhindern wollten, daß die Ultramontanen durch die Gewerkschaftsbewegung Einfluß auf die evangelischen Arbeiter gewinnen. Wie wenig Ernst es im übrigen dem Pfarrer Weber und Genossen mit der Interkonfessionalität der Berufsvereinigungen war, erhellt aus dem Umstand, daß der M.-Glabacher Lizentiat, als er nach dem Wiesberger Urteil sich von den christlichen Gewerkschaften löste, gleich darauf eine evangelisch-konfessionelle Vereinigung zu gründen.

Die Beziehungen der Evangelischen und Ultramontanen knüpften sich erst etwas inniger, als die Christlichsozialen in die Bewegung eingriffen. Gospreddiger Stöcker hat bekanntlich mit seinen politischen Unternehmungen zeitweilig reichlich Pech gehabt. Der Plan, der Sozialdemokratie durch eine christlichsoziale Arbeiterpartei beizukommen, war ins Wasser gefallen; sein Versuch, vermittels des Antifemalismus das Kleinbürgertum an sich zu scharen, war mißglückt; sein Parteichen schleppte sich zwischen Leben und Sterben mühsam dahin. Da kam den Christlichsozialen, die Stöcker dem Namen nach, Herr Lizentiat Mumm, ein evangelischer Jesuit, in Wirklichkeit leitete, die christliche Gewerkschaftsbewegung als willkommenes Gelegenheit, ihren Anhang unter den evangelischen Arbeitern zu mehren. Herr Mumm setzte den „christlichnationalen“ Gedanken in die Welt, berief den sogenannten Deutschen Arbeiterkongreß (Frankfurt 1908) ein und verstand es, den ultramontanen Arbeiterführern begreiflich zu machen, wie auf diese Weise, durch Verbrüderung der christlichnationalen Arbeiter die christliche Gewerkschaftsbewegung mächtig zunehmen müsse und die Sozialdemokratie überwunden werden könne. Dann buglierte er seinen jungen Mann, den Gärtner Franz Behrens, in die einflussreiche Stellung als Generalsekretär des christlichen Bergarbeiterverbandes, verpflanzte eine Anzahl christlicher Arbeiterssekretäre ins rheinisch-westfälische Industriegebiet, gründete dort ein Wochenblatt und mußte so in der Tat seiner Partei in der christlichen Arbeiterbewegung des Westens einen namhaften Einfluß zu sichern — mehr durch spektakuläre Reklame und aufdringliches Wesen, als durch die Qualität und die Zahl seines Anhanges.

Mumms Schützling gelangte auch bei den Blockwahlen in den Reichstag. Das Zentrum verzichtete zugunsten des Stöckerjünglings Franz Behrens im Wahlkreis Wehlar-Altenkirchen auf eine Kandidatur, die ultramontanen Stimmen fielen Behrens zu, der dadurch mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl kam und dann mit Hilfe der Konservativen

gewählt wurde. Nun stehen ja im allgemeinen Ultramontane und Christlichsoziale in politischer Hinsicht einander nahe genug, um vor Konflikten geschützt zu sein; beide geben an reaktionärer Gesinnung und an Geschick, den Arbeitern blauen Dunst vorzumachen, einander nichts nach, und Herr Behrens hätte ruhig seinen Doppelposten als christlichsozialer Abgeordneter und Generalsekretär eines ultramontanen Gewerkschaftsvereins erfüllen können. Aber die Blockpolitik, die zu so manchen Wunderlichkeiten und Unbegreiflichkeiten geführt hat, spielte auch Herrn Behrens einen Posten. Es war das Vereinsgesetz, das Block und Antiblock zu scharfen Kämpfen wider einander führte. Von den christlichen Arbeiterführern standen die ultramontanen Abgeordneten auf Seiten des Antiblocks, während Herr Behrens sich als Fraktionsmitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung im Blocklager befand. Das war für den Schützling des Herrn Mumm eine fatale Situation. In die Stichwahl gekommen mit Hilfe des Zentrums, in der Hauptwahl gesiegt mit Hilfe der Konservativen — fühlte er sich beiden Seiten gegenüber verpflichtet; als Blockmitglied mußte er gegen, als Gewerkschaftsbeamter, namentlich wegen des Sprachenparagraphen, gegen das Vereinsgesetz stimmen. In Herrn Behrens siegte zuerst der Blockbruder, er stimmte in zweiter Lesung für den Sprachenparagraphen — wie er sagt, geschah das „aus taktischen Gründen“, um den Staatssekretär zu einer Erklärung zu veranlassen, wonach gewerkschaftliche Bestrebungen von dem Sprachenparagraphen ausgenommen sein sollten. In Wahrheit hat Behrens für den § 7 gestimmt, weil er sich als Blockbruder dazu verpflichtet glaubte; nach seiner Abstimmung in zweiter Lesung ist ihm dann von den christlichen Gewerkschaften auf die Finger geklopft worden, und er hat dann in dritter Lesung gegen den § 7 gestimmt und sich dann, um es mit seinen Blockbrüdern wieder nicht zu verderben, bei der Abstimmung über das ganze Gesetz der Stimme enthalten.

Als die Abstimmung des Herrn Behrens bekannt wurde, gab's großen Krach im Christenlager. Die Zentrumspresse im Ruhrrevier schlug zuerst Lärm; Behrens habe die Blockpolitik über die Arbeiterpolitik gestellt, und der christliche Bergarbeiterverband werde sich zu überlegen haben, ob er einen solchen Mann noch als Beamten gebrauchen könnte. Auch die führende Zentrumspresse sprach sich entschieden gegen Behrens aus („Germania“, „Rheinische Volkszeitung“), und der „Bergnappe“, das christliche Gewerkschaftsblatt, warf Behrens Verletzung der gewerkschaftlichen Pflichten und Schädigung der Bergarbeiterbewegung vor und stellte ihm den hinauswurf in Aussicht. Das Echo auf der christlichsozialen Seite blieb nicht aus. Das Stöcker'sche „Reich“ berief sich auf die verfassungsmäßige Freiheit der Abstimmung, die jedem Abgeordneten gesichert sei, und erklärte dann mit fühlbarer Deutlichkeit, daß hinter Behrens ein beträchtlicher Teil der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften stehe, und die „Arbeit“ (Duisburg) wußte die Drohung noch wirksamer zu gestalten, indem sie verlauten ließ, daß hinter Behrens die gesamte evangelische Arbeiterschaft, soweit sie christlich organisiert sei, stehe. Und um den Wirrwarr voll zu machen, sprach sich die Bezirksleitung des christlichen Bergarbeiterverbandes an der Saar, in der das evangelische Element überwiegt, zugunsten von Behrens aus, dem das Verbandsorgan gerade den Stuhl vor die Tür gesetzt hatte.

Man sieht daran, was es mit der Bruderkiebe im christlichen Lager auf sich hat. Die Evangelischen geraten mit den Ultramontanen sofort aneinander, wenn der eine oder der andere sich in seinem Vorteil beeinträchtigt glaubt. Sie halten zusammen, weil sie einander brauchen im Kampfe wider die Sozialdemokratie; vor konfessionelle Fanatismus, verklärt die vorhatte Bestürzung, nicht hervor, wenn sich einer von den beiden Brüdern auf den Fuß getreten fühlt, und die Stöcker'schen gar drohen damit, ihre Mannen zum Verlassen der christlichen Fahne aufzufordern, wenn Herr Behrens das Recht freitig gemacht wird, als Blockbruder schmähschliche Arbeiterverrat zu betreiben.

Um den Krach zu beschwichtigen, hat schleunigst der Ausschuß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften sowie die Leitung des christlichen Bergarbeiterverbandes sich der Sache angenommen. In den dazu gefaßten Beschlüssen der beiden Stellen wird der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Herr Behrens durch seine Haltung in der zweiten Lesung des Vereinsgesetzes nicht dem Sprachenparagraphen grundsätzlich seine Zustimmung hat geben, sondern nur den Ministern zu einer Erklärung zugunsten der Gewerkschaftsbewegung hat veranlassen wollen, im übrigen aber wird sein Verhalten verurteilt. Die grundsätzliche Seite der Frage, die von dem Lizentiaten Mumm im Stöcker'schen „Reich“ angeschnitten worden ist, hat man nicht erörtert, die Frage nämlich, ob die von den christlichen Gewerkschaften geforderte „politische Neutralität“ den Gewerkschaftsleitern als Abgeordneten das Recht gibt, in parlamentarischen Fragen nach Belieben zu stimmen. Herr Mumm äußert sich nämlich zum Fall Behrens wie folgt:

„Es handelt sich nicht um Einzelheiten der Abstimmung von Herrn Behrens, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Es handelt sich zunächst darum, daß politische Tagesfragen, in denen die Führer tatsächlich politisch auseinandergehen, nie zum Schiedsgericht der Bewegung gemacht werden. Die Schwierigkeit politischer Neutralität muß ruhiger gewürdigt und die Konsequenz daraus gezogen werden. Sonst kommen wir aus den inneren Kämpfen gar nicht mehr heraus, sondern immer mehr hinein, wenn endlich konservative und liberale ihre Pflicht erkennen, christliche Gewerkschaftler in ihre parlamentarischen Fraktionen aufzunehmen. Und der Tag wird schon kommen. Die verfassungsmäßige Freiheit der Abgeordneten bei ihrer Abstimmung muß von jedermann, auch von

den Gewerkschaften geachtet werden. Die politische Neutralität schließt nicht aus, daß man über die Grundfragen der Arbeiterbewegung Beschlüsse faßt, die Abstimmung im Reichstag aber, bei der taktische sowie parteipolitische Fragen mitzuprechen, muß frei sein.

Herr Bizenrat Mumm ist also der Meinung, daß einem Gewerkschaftsmann als Abgeordneten bei seinen Abstimmungen niemand hineinzureden hat — nicht einmal die Organisation, der er angehört und die ihn womöglich als Beamten zur Vertretung der Arbeiterinteressen bezahlt. Als Politiker ist der Gewerkschaftsmann frei — denn nach dem Gesetz der „politischen Neutralität“ geht seine Tätigkeit als Politiker und Parlamentarier niemanden etwas an. Von dieser Art „politischer Neutralität“ kann einem angst und bange werden, denn sie bedeutet einfach die Freiheit des Arbeiterrats!

### Stimmen zum Verbandstag.

Wenn man die gegenwärtige Stimmung der Kollegen zu den Anträgen zum Verbandstag beobachtet, so sieht man, daß der Antrag auf Einführung von Staffelbeiträgen die Kollegen am meisten beschäftigt. Denjenigen Kollegen, welche dafür eintreten und der Meinung sind, wir werden dadurch an Mitgliedern gewinnen, kann ich mich nicht anschließen. Jene Kollegen, welche äußern, der Beitrag sei zu hoch, sind auch selbst bei niedrigen Beiträgen nicht zum Eintritt zu bewegen. Und schließlich würde doch die Einführung der Staffelbeiträge auch zur Staffelfung der Unterstufungen führen, wobei wir in Klassengegensätze kommen würden.

Karl Wiedt-Güßrin.

Über die Anträge des Vorstandes ist schon so vieles geschrieben worden, daß es sich erübrigt, eigentlich noch weiter darüber zu schreiben. Unter anderem scheint der § 77 den Kollegen in die Glieder gefahren zu sein, wodurch der Vorstand den Lokalteil von 20 auf 10 Prozent herabsetzen will. Ich bin mit der Maßnahme einverstanden, aus dem einfachen Grunde, damit verschiedene Lokalverwaltungen künftighin sparsamer mit dem Geld umgehen müssen. Man könnte Beispiele genügend erzählen, die den Antrag zu § 77 durchaus rechtfertigen. Sicher wird das Geld der Lokalkassen nicht immer richtig verwendet. Bei einem Streit werden Indifferente oft besser unterstützt als ledige Kollegen, die schon Jahre im Verband sind. Bei denen heißt es abreißen, die müssen nachher die Landstraße bevölkern, während Indifferente 15 bis 18 Mk. Unterstützung bekommen, ohne auch nur einen Pfennig ausgegeben zu haben. Das ist ein großes Unrecht. Gebe man dem Vorstand, was er will, dann wird das Geld nach Verdienst richtig verwendet werden. Die Indifferenten kommen dann dabei zu kurz, und das mit Recht.

Heinrich Gruber-Allemühl.

Die Zahlstelle Meerane i. S. hat sich in einer stark besuchten Mitgliederversammlung mit den Anträgen des Hauptvorstandes zum Verbandstag beschäftigt, insbesondere mit dem Antrag, die Prozente der Lokalkassen von 20 auf 10 Prozent herabzusetzen. Die Versammelten waren der Ansicht, daß mit 10 Prozent die Ausgaben der kleinen Zahlstellen nicht zu bestreiten sind; die notwendige Folge eines solchen Beschlusses wäre die Einführung oder Erhöhung der Lokaltbeiträge. Damit würde aber den kleinen Zahlstellen die verbende Kraft genommen, denn mit hohen Beiträgen sind hier Mitglieder nicht zu gewinnen. Und die Kollegen wollen doch die Lokaltbeiträge nicht bezahlen, um die Verwaltungskosten damit zu decken, sondern um die ungenügenden Unterstützungen zu ergänzen. Wenn der Hauptvorstand Geld braucht, möge er doch die Erhebung von Staffelbeiträgen beantragen nach Maßgabe des Durchschnittsverdienstes der einzelnen Städte. Jedensfalls können die kleineren Zahlstellen wie Meerane höhere Beiträge nicht ertragen. Im Interesse der Erhaltung und Gewinnung neuer Mitglieder protestieren die Mitglieder der Zahlstelle Meerane gegen die Herabsetzung der Prozente der Lokalkassen.

In einer längeren Zuschrift äußert sich Kollege Moritz Soyer in Dübrenhau zu der Frage der Staffelbeiträge. Er weist darauf hin, daß der Wunsch, eine Beitragsstaffel unter 50 Pf. einzuführen, nicht wohl begründet ist. Es mag ja Kollegen geben, denen der Beitrag unerschwinglich ist, in den meisten Fällen ist aber die Berufung auf den hohen Beitrag nur eine Ausrede, die von solchen Kollegen gebraucht wird, die ihrer Organisationspflicht nicht genügen wollen, obwohl sie es könnten. Würden Staffelbeiträge eingeführt, dann müßten auch die Unterstützungen gestaffelt werden, aber das würde nur Anlaß zu Meid und Haß unter den Kollegen geben. Ein Vergleich der Beitragshöhe mit der Entwicklung der Mitgliederzahl seit Bestehen des Verbandes zeigt, daß die Werbestraft unserer Organisation mit der Steigerung des Beitrages zugenommen hat. Es gibt aber noch viele Mitglieder, die dem Verband nur zu leicht den Rücken kehren, wenn sie nicht sofort einen persönlichen Nutzen aus ihrer Mitgliedschaft ziehen können. Deshalb muß noch viel mehr Wert auf eine gründliche Durchbildung der Mitglieder gelegt werden. Das Klassenbewußtsein der Mitglieder muß geweckt und gepflegt und selbstverständlich auch alles getan werden, um das Bedürfnis nach einer höheren Lebenshaltung zu befriedigen. Dann werden wir auch unsere Organisation vorwärts bringen, selbst wenn die Staffelbeiträge vom Verbandstag abgelehnt werden.

Unsere Versammlung am 25. April beschäftigte sich mit den Anträgen zum Verbandstag. Es wurde mit Genehmigung begrünzt, daß sich bis jetzt noch kein Verteidiger des Vorstandes betriffs Änderung des § 77 gefunden hat. Auch wir sind der Meinung, daß hier am unrechten Orte geknappt werden soll, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Antrag abgelehnt wird. Betriffs der Einführung von Staffelbeiträgen glauben wir, daß diese nur eine Frage der Zeit sind, denn in unserem Verband ist die Verschiedenheit der Löhne wohl größer als sonst in jeder anderen Organisation. Daher muß auch in der Beitragshöhe auf den Verdienst Rücksicht genommen werden. Wenn diese Frage, was ja zu wünschen wäre, von diesem Verbandstag noch nicht erledigt werden sollte, schließen wir uns dem Antrag

des Kollegen Gastien-Bielefeld an, wonach der Vorstand beauftragt wird, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage betriffs Staffelbeiträge zu unterbreiten. Wir sind der Meinung, daß die Staffelbeiträge genau so gut kommen wie seitenszeit die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Die vermehrte Arbeit kann kein stichhaltiger Grund zur Ablehnung sein, wo wir auf der anderen Seite Tausende von neuen Mitgliedern gewinnen können. Wir setzen das Vertrauen in die gewählten Delegierten, daß sie das Richtige finden werden, um den Verband vorwärtszubringen.

J. M.: Neumann-Naumburg.

Gegen den Antrag vom Hauptvorstand, in § 77 anstatt 20 Prozent nur 10 Prozent zu setzen, müssen wir ganz entschieden Protest erheben. Hauptsächlich die kleinen Zahlstellen, wo es kaum möglich ist, einen Lokaltbeitrag zu erheben, und in den traurig entlohnenden Industrieorten würden wir, wenn dieser Antrag angenommen würde, anstatt vorwärts, rückwärts gehen. Natürlich werden die Kollegen in der Großstadt sagen, wie ist das möglich, denn wenn man es richtig sagen will, haben die Kollegen aus der Großstadt gar keine Ahnung, wie schwer es fällt, auf den Lande zu agitieren. Mit der Annahme des Antrages wird es uns in den kleinen Zahlstellen unmöglich, noch weiter zu agitieren, weil uns die Mittel dazu fehlen würden. Darum möchte ich dringend bitten, allen Delegierten zu empfehlen, gegen den Antrag des Vorstandes zu stimmen, weil er uns keinen Nutzen, sondern Schaden bringen würde.

Der Antrag von Wilhelmshaven zu § 55 ist nach meiner Meinung sehr berechtigt, und ich glaube, daß noch viele Kollegen derselben Meinung sind, denn wenn wir annehmen wollten, ein lediger Kollege hätte die Fürsorge für seine Mutter übernommen, und würde vielleicht über ein halbes Jahr krank sein und dann sterben, dann bekäme er aus der Krankenkasse kein Sterbegeld mehr und bloß die 25 Mk. vom Verband. Was sollte dann die arme, vielleicht auch noch kranke Mutter mit machen? Man könnte noch mehr Gründe anführen, aber ich glaube, dieser eine genügt schon. Wenn der Antrag auch eine kleine Ausgabe bringt, in anderen Fällen bringt er auch wieder was ein.

Albert Köhler-Lauterberg.

### Soziales.

#### Zur preussischen Landtagswahl.

Am 3. Juni dieses Jahres findet in Preußen die Landtagswahl statt. Im größten deutschen Bundesstaat hält man hartnäckig an der Auffassung fest, daß die Bürger kein hinreichendes politisches Verständnis besitzen, um selbst zu bestimmen, wem sie die Vertretung ihrer Interessen übertragen wollen. Am 3. Juni sind deshalb zunächst die Wahlmänner zu wählen, die ihrerseits dann am 16. Juni zur Wahl der Abgeordneten zusammentreten.

Die Zusammensetzung des Landtages ist von höchster Bedeutung für die gesamte Bevölkerung Preußens und ganz besonders auch für die Arbeiter. Zu den Aufgaben, mit denen sich der Landtag zu beschäftigen hat, gehören unter anderem: die Steuergesetzgebung für Staat und Gemeinde; die Regelung des gesamten Erziehungswesens von der Volksschule bis zu den Hochschulen; die Stellung der Schule zu Staat und Kirche; das Polizei- und Justizwesen; das große Gebiet der Agrargesetzgebung; das gesamte Verkehrs- und Eisenbahnen-, Flußregulierung, Kanalbaus, Wegebau; das Armen- und Waisenwesen; das Gesundheitswesen; die Gemeindegesetzgebung; die Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung und die Lohn-, Gehalts- und Arbeitsbedingungen der vielen Hunderttausende von Beamten und Arbeitern in den Staatsbetrieben, Eisenbahnen, Bergwerken, Salinen, Wälden und Wasserwirtschaft, Straßenbau usw.

Rechtlich diese Dinge schon das Interesse, welches den Wählern entgegenbracht wird, so wird dieses noch erhöht durch den Einfluß, welchen der preussische Landtag indirekt auf die Geschichte ganz Deutschlands ausübt. Im Bundesrat spielen die Vertreter Preußens die erste Geige, sie sind es, die dort den Ton angeben, dem sich die Vertreter der übrigen Bundesstaaten wohl oder übel fügen müssen. Selbstverständlich richten preussischen die Bundesratsbevollmächtigten, wenn sie auch ihre Informationen von der Staatsregierung erhalten, ihr Verhalten im allgemeinen nach der Stimmung des Landtags. Zweifellos hängen die reaktionären Maßnahmen, die im Reich getroffen werden, sehr eng mit der Zusammensetzung des preussischen Landtags zusammen, und deshalb ist die preussische Landtagswahl, wenn sie auch unmittelbar nur die Interessen der preussischen Bürger berührt, doch ein Akt, der mit Recht die Aufmerksamkeit ganz Deutschlands auf sich lenkt.

Das preussische Abgeordnetenhaus soll eine Vertretung des preussischen Volkes sein, in Wirklichkeit ist es aber eine Karikatur auf eine Volksvertretung. Nicht nur, daß die Wahl der Abgeordneten indirekt erfolgt, zum Zwecke der Wahlmännernwahl sind die Wähler noch in drei Klassen geteilt, dergestalt, daß jede der drei Klassen gleichviel Wahlmänner wählt. Diese Klasseneinteilung wiederum richtet sich nach der Höhe der Staatssteuer, so daß 15 Prozent der Wähler in den beiden ersten Klassen doppelt soviel Wahlmänner wählen als die 85 Prozent, welche die dritte Klasse bilden. Diese Klasseneinteilung ist in raffinierter Weise ausgeklügelt, um die wirklichen Vertreter des Volkes aus der Gesetzgebung fernzuhalten, denn die von der Masse des Volkes gewählten Wahlmänner werden überstimmt von der doppelt so starken Zahl Vertreter, die von den wenigen Reichen ernannt wurden. Aber nicht genug mit dieser standalösen Entrechtung des Volkes zugunsten der Besitzenden, ist auch die Stimmabgabe öffentlich. Die Wähler in abhängiger Stellung müssen es sich also sehr überlegen, ob sie es wagen dürfen, nach ihrer Überzeugung zu wählen. In bezug auf Schikanierung und Maßregelung oppositioneller Wähler geht die Regierung mit schlechtem Beispiel

voran, und das Unternehmertum macht sich dort, wo es die Macht dazu hat, kein Gewissen daraus, dem gegebenen Beispiel in rücksichtsloser Weise zu folgen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die weitaus stärkste Partei in Preußen, die Sozialdemokratie, bisher keinen einzigen Vertreter im Landtag besaß.

Das gegenwärtige Landtagswahlrecht hat abgewirtschaftet; in den verschiedensten Bundesstaaten, besonders in Süddeutschland, haben die Regierungen begriffen, daß es nicht länger angeht, das Volk in der Teilnahme an der Gesetzgebung zu beschränken. Die Landtagswahlgesetze wurden revidiert und das Wahlrecht für die Landtage mehr oder weniger dem Reichstagswahlrecht angepaßt. Anders die preussische Regierung. Sie fühlt sich als der Hort der Reaktion in Deutschland und macht eifersüchtig über die Vorrechte der Besitzenden. Mit schneidendem Hohn konnte der preussische Ministerpräsident Bülow, der im Nebenamt auch Reichskanzler ist, verkünden, daß das Reichstagswahlrecht dem Staatswohl nicht förderlich sei, und die Freisinnigen, denen diese Antwort galt, quittierten vergnügt schmunzelnd über den empfangenen Fußtritt.

Bei der bevorstehenden Wahl gilt es für das preussische Volk, zu beweisen, daß es müde ist, sich länger als Parasit behandeln zu lassen. Bis her haben sich die Freisinnigen gern als die Männer aufgespielt, die den Willen haben, für die Erringung des Reichstagswahlrechts in Preußen zu kämpfen; ihr jämmerliches Verhalten bei der Beratung des Wahlrechtsantrags im Januar dieses Jahres und die Gesinnungslumperei, die sie in der Folgezeit bewiesen, haben auch denen, die trotz ihres sonstigen zweideutigen Verhaltens noch Vertrauen zu ihnen hatten, gezeigt, daß von dieser Seite nichts zu erwarten ist. Mit Beten und Bitten wird das Volk in Preußen das Wahlrecht niemals erhalten, der Junkerlaste, die in Preußen herrscht, imponieren solche Mittel nicht. Daß sie sich überhaupt herbeigelassen haben, über das Wahlrecht zu diskutieren, ist lediglich dem Umstand zuzuschreiben, daß die wirkliche Vertretung des Volkes, die Sozialdemokratie, kräftig die Initiative ergriffen hat, um Preußen von der Dreiklassenschande zu befreien. Mit den Demonstrationen im verfloffenen Winter ist eine Wahlrechtsbewegung eingeleitet worden, die nicht früher zu Ende gehen wird, als bis das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auch für Preußen errungen ist.

Die Wahl am 3. Juni wird eine Etappe auf dem beschränkten Wege sein. Mit allen Mitteln muß dahin gewirkt werden, daß die Arbeiter in Massen an die Wahlurne schreiten und durch die Abgabe ihrer Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten ihren festen Willen zum Ausdruck bringen, das volle Wahlrecht zu erkämpfen. Ob es diesmal gelingen wird, eine Anzahl Arbeitervertreter in das Dreiklassenhaus zu entsenden, steht noch dahin; ausgeschlossen ist es nicht. Der preussische Landtag hat in seiner Liebe zu den Arbeitern einem freisinnigen Antrag zugestimmt, der bezweckt, die Lohnarbeiter noch stärker als bisher zur Steuer heranzuziehen. Diese stärkere Besteuerung aber dürfte in manchen Wahlkreisen die für die Herrschenden recht unerwünschte Folge zeitigen, daß sozialdemokratische Arbeiter in die höheren Wählerklassen aufrücken und so die Wahl von sozialdemokratischen Abgeordneten ermöglichen.

Wir wollen uns keiner Täuschung darüber hingeben, daß dieses Schlussergebnis sich bestenfalls in einigen wenigen Kreisen erzielen lassen wird; aber so dringend nötig dem preussischen Landtag eine leistungsfähige sozialdemokratische Fraktion auch ist, so wird doch das Hauptgewicht auf die Erzielung einer möglichst hohen Stimmzahl gelegt werden müssen. Der Regierung und den herrschenden Parteien muß gezeigt werden, wie groß die Zahl derer ist, die gegen die Dreiklassenschand protestieren, indem sie sozialdemokratisch wählen. Je stärker dieser Protest ausfällt, um so eher wird das Volk von dem Wahlrecht befreit werden. Aus den eingangs aufgezählten Aufgaben des Landtags ergibt es sich, welche hohe Interesse auch die Gewerkschaften daran haben, daß die Stimme der Arbeiter im preussischen Abgeordnetenhaus gehört werde. Deshalb ist es eine Pflicht, die auch den Mitgliedern unserer Organisation obliegt, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß der 3. Juni ein Ruhmestag in der Geschichte der Arbeiter in Preußen wird.

Der Reichstag ist nach den Osterferien am 28. April wieder zu einer kurzen Tagung zusammentreten, um vor der großen Sommerpause noch einige Reste aufzuarbeiten. Es handelte sich meist um minder wichtige Gegenstände, die mit großer Beschleunigung durchgepeitscht wurden. Von den erledigten Gegenständen ist zu erwähnen das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz, welches einige Änderungen nach den Wünschen der Agrarier erfahren hat. Der Unterstützungswohnsitz kann, statt seither mit dem achtzehnten, künftig schon mit dem sechzehnten Lebensjahr erworben werden, und die Frist für den Erwerb und den Verlust des Unterstützungswohnsitzes ist von einem auf zwei Jahre verlängert worden. Das Vogelerschutzgesetz wurde verschärft durch das Verbot des Krametzvogelkanges auf dem Dohnenstiege. Den notleidenden Aktionären des Bremer Lloyd wurde eine Subvention im Betrag von 250000 Mk. jährlich bewilligt. Durch eine Novelle des Münzgesetzes wird die Regierung ermächtigt, erheblich mehr Silbergeld auszugeben als seither, wodurch ihr, infolge des niedrigen Preisstandes des Silbers, eine erhebliche Einnahme erwächst. Dem Verlangen nach Ausprägung eines 25 Pfennigstückes wurde zugestimmt, aber Ausprägung von 3 Markstücken in das Gesetz aufgenommen. Zur Freude der Mittelständler wurde der kleine Befähigungsnachweis endgültig verabschiedet. Dagegen fanden die Wünsche der Bergarbeiter, die anlässlich der Beratung einer Änderung der Maß- und Gewichtsordnung die Nachrechnung der Fördergefäße verlangten, keine Berücksichtigung. Freundlicher zeigte sich der Reichstag gegen-







Stundenlohn vom Beginn der Vertragsdauer um 1 Pf. und vom 1. Januar 1909 um einen weiteren Pfennig zu erhöhen.

5. Für jeden Bezirk (Gau), nötigenfalls für jedes Lohngebiet wird ein Schiedsgericht unter einem unparteiischen durch die zuständigen Organisationen sofort eingesetzt, das alle außer den Fragen der Arbeitszeit und des Lohnes bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden hat.

6. Die Zentralvorstände der vertragschließenden Parteien haben sich spätestens bis zum Donnerstag den 7. Mai, vormittags 11 Uhr, dem Kollegium der unparteiischen Vorsitzenden im Einigungsamt, Berlin, Zimmerstraße 90/91, über die Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches zu erklären.

Der Schiedspruch ist mittlerweile von allen beteiligten Organisationen anerkannt worden, so daß die Hauptstreitigkeiten als beigelegt zu betrachten sind, wenn auch die örtlichen Verhandlungen noch ausstehen und vielleicht einige Schwierigkeiten bereiten könnten.

Berücksichtigt man die gegenwärtige ungünstige Geschäftslage, so wird man anerkennen müssen, daß die Arbeiter in diesem Kampfe immerhin gut abgeschnitten haben.

Der Fabrikarbeiterverband steigerte im Jahre 1907 seine Mitgliederzahl von 123 215 auf 136 885, das bedeutet eine Zunahme um 13 670 oder 11 Prozent der Mitglieder. Die gesamte Einnahme betrug 2 800 781 Mk., die gesamte Ausgabe 1 705 779 Mk., der Kassenbestand am Jahreschluß 1 095 002 Mk. (am 1. Januar 1907 541 242 Mk.).

Der Maschinen- und Feizerverband hielt seinen Verbandstag während der Osterfeiertage in Göttingen ab. Der Beitrag wurde auf 50 Pf. erhöht, jedoch hat der Vorstand das Recht, in jenen Gegenden, wo die Löhne der Feizer äußerst schlecht sind, den 40 Pf.-Beitrag zu behalten.

Der Maschinen- und Feizerverband hielt seinen Verbandstag während der Osterfeiertage in Göttingen ab. Der Beitrag wurde auf 50 Pf. erhöht, jedoch hat der Vorstand das Recht, in jenen Gegenden, wo die Löhne der Feizer äußerst schlecht sind, den 40 Pf.-Beitrag zu behalten.

Der Stukkateurenverband hat im Jahre 1907 einen Mitgliederverlust von rund 1200 zu beklagen. Die Mitgliederzahl betrug am Jahreschluß 7398, im Jahresdurchschnitt 8293. Die Einnahme der Hauptkasse betrug, mit einem Kassenbestand von 33 621 Mk., 197 865 Mk., wovon auf wöchentliche Beiträge 148 550 Mk. entfallen.

Unternehmerbewegung.

Das Ende eines Scharfmachers. Mit an erster Stelle im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung stand seit Jahren in Güstrow in Mecklenburg der Kaufmann Paul Nickel. Zweifellos seiner besonderen Fähigkeiten wegen avancierte er zum Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes im Schneidergewerbe, und nicht schlecht weiterte er gegen die Unverschämtheit der Arbeiter, Lohnzulagen und Arbeitszeitverkürzungen zu verlangen.

Eingefandt.

Zur Maschinenarbeiterfrage.

Schon jahrelang beschäftigen sich die Maschinenarbeiter mit einer Maschinenarbeiterkonferenz. Und immer noch hat der Hauptvorstand keine entsprechende Stellung hierzu eingenommen. Man sollte doch meinen, daß nach so vielen und langen sowie berechtigten Verlangen, Stellung von seiten des Hauptvorstandes genommen würde.

auch die Flucht vom Lande nicht so groß. Zweitens aber müßte der Hauptvorstand eine allgemeine Maschinenarbeiterkonferenz einberufen, dort könnte eine Aussprache herbeigeführt werden, wodurch die schlechten Verhältnisse der Maschinenarbeiter gebessert würden.

Die Frage des Umschauens.

Da jetzt wieder viele unserer jungen Kollegen auf die Reise gehen, wäre es schließlich einmal angebracht, auf die Frage des Umschauens näher einzugehen. Auf der einen Seite ist ja das Verbot des Umschauens sehr angebracht, da ja sonst die Werkstellen überlaufen werden.

Nun arbeitet aber nicht jeder Kollege gern auf dem Lande in kleinen Dörfern, denn wer erst einmal dort war, geht nicht wieder hin. Ich denke, man dürfte es nicht so genau mit den auf der Reise befindlichen Kollegen nehmen, da ja letztere sonst zu lange laufen und die Lust zur Walze verlieren würden.

Literarisches.

Eduard Bernstein, Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution. Zweite, durchgesehene, vermehrte und illustrierte Ausgabe. Verlag von F. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. XVI und 367 Seiten. Preis broschiert 3,50 Mk., gebunden 4 Mk.

Diese Arbeit erschien in ihrer ersten Gestalt als Teil der von Bernstein, Kautsky, Mehring und anderen herausgegebenen Geschichte des Sozialismus in Einzeldarstellungen. Das Gesamtwerk ist längst vergriffen und wird als solches in neuen Auflagen nicht erscheinen, sondern in einzelne Bände beziehungsweise Ausgaben zerlegt werden, wie es bereits mit Mehrings Geschichte der deutschen Sozialdemokratie geschehen ist.

\* Der Kollege vertritt hier Umschauungen, die wir nicht unbedenklich passieren lassen dürfen, wollen wir uns nicht einer schwachen Verbandschädigung schuldig machen. Seit es eine gewerkschaftliche Bewegung gibt, ist von dieser gegen das sogenannte „Umschauen“ angeknüpft worden. Mit Recht, denn das „Umschauen“ ist eine Übung, die dem organisatorischen Interesse der Arbeiter direkt entgegenwirkt.

Arbeitslosigkeit im Monat April 1908.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, and months from April 1908 to April 1907. It contains detailed statistics on unemployment and support across various regions.

Zur besseren Übersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table comparing unemployment statistics for the months of 1904, 1905, 1906, 1907, and 1908, showing trends in the number of unemployed workers.

